



Offener Brief, Dezember 2018

Die Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Flüchtlinge

Sehr geehrte Damen und Herren in Politik und Behörden, in der Öffentlichkeit und der Wirtschaft,

wie es den Medien zu entnehmen war, will der Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Strobl, die Schlagzahl bei der Abschiebung von gambischen Geflüchteten deutlich erhöhen. Dazu sollen Airlines angeheuert werden, die eine private Security mitliefern. Bundesinnenminister Horst Seehofer hat ihm bereits Unterstützung zugesagt.

Was die beiden Politiker nur nebenbei erwähnen ist, dass „The Republic of The Gambia“ mitentscheidet. Jedes Flugzeug braucht eine Landegenehmigung, auch auf dem Flughafen Yundum, Gambia. „The Republic of The Gambia“ hat die Rücknahme von verurteilten Straftätern zugesagt. Bei allen anderen entscheidet das Land im Einzelfall, ob es den Betreffenden aufnimmt.

Herr Strobl scheint ein besonderes Verhältnis zu Gambiern zu haben. Wir erinnern: Der CDU-Politiker hat bereits gefordert, Gambia zum sicheren Herkunftsland zu erklären, als dort noch gefoltert und gemordet wurde und der bizarre Diktator Yahya Jammeh die ganze Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzte. Die hohe Rate an Drogenkriminellen aus diesem Herkunftsland musste schon damals für die Argumentation herhalten. Die große Zahl an hochmotivierten, fleißigen und ehrlichen Menschen aus diesem Land wird komplett ausgeblendet. **Um sie geht es uns!**

Vor allem sie sind es, die momentan in Panik versetzt und in eine ausweglose Situation getrieben werden. Denn abgeschoben werden jetzt schon Gambier, die voll integriert sind, eine feste Anstellung haben und der Mitwirkungspflicht bei der Identitätsfeststellung voll umfänglich nachgekommen sind. Aus dieser Erfahrung heraus versuchen Flüchtlinge dann ihre Abschiebung zu erschweren, indem sie bei der Identitätsfeststellung nicht kooperieren. Der Behörden reagieren umgehend mit Sanktionen, vor allem mit Arbeitsverboten, sowie mit der Kürzung der Sozialleistungen auf bis zu 151 Euro im Monat. Für die Unternehmen ist der Effekt immer derselbe: **Sie verlieren von heute auf morgen Mitarbeiter, die sie bräuchten.**

Es scheint Strategie und Kalkül des Innenministers von Baden-Württemberg zu sein, gerade jetzt die Menschen aus Gambia in eine ausweglose Situation und in die Verzweiflung zu treiben.

Denn dass dies geschieht ist keine Frage: Steigt die Gefahr der Abschiebung werden die Bedrohten vermehrt die Mitarbeit bei der Identitätsfeststellung verweigern. Wer eine Bleibeperspektive hat, wird auch bei der Feststellung seiner Identität kooperieren.

Es scheint Strategie und Kalkül des Innenministers zu sein, möglichst viele Gambier mit Arbeitsverboten zu belegen und sie damit ihre festen Stellen verlieren zu lassen, um so zu verhindern, dass die neuen Regelungen für eine Beschäftigungsduldung nicht mehr greifen.

Denn würde man diese Neuregelungen abwarten, wäre in sehr vielen Fällen das Problem der Identitätsfeststellung vom Tisch, weil die arbeitenden Flüchtlinge motiviert wären, entsprechende Papiere zu beschaffen. Viel Geld und viel Arbeit würde den deutschen Behörden erspart bleiben.

Es fragt sich, ob diese Strategie mitgetragen wird von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, von den anderen Ministern, insbesondere vom baden-württembergischen Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha, von der Landtagsfraktion und den Abgeordneten der Grünen sowie die Bundestagsabgeordneten der Grünen.

Wie bewerten die Landtags- und Bundestagsabgeordneten der anderen Parteien das Vorgehen des Baden-Württembergischen Innenministeriums und des Bundesinnenministers?

Ist das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland bereit, diese Strategie mitzutragen? Ist der Außenminister Heiko Maas und seine Partei, die SPD, bereit, Druck auf Gambia auszuüben?

Denn ohne die Zustimmung der Regierung und der Behörden der „Republic of The Gambia“ kann kein Gambier und keine Gambierin dorthin zurückverbracht werden, der oder die sich nichts zuschulden hat kommen lassen. Gambia hat sich bereit erklärt, verurteilte Straftäter zurückzunehmen. Bei jedem anderen Staatsbürger muss im Einzelfall von den gambischen Behörden entschieden und die Rückführung ggf. durch die Ausstellung eines Emergency Passes ermöglicht werden.

Mit welchen Mitteln und Methoden wollen Herr Strobl und Herr Seehofer Gambia zur Rücknahme der Abgeschobenen bewegen?

Denn es ist auch klar: Das kleine und arme Gambia hat kein objektives Interesse an einer hohen Zahl von Rückkehrern. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt etwa 40 Prozent. Das Land hat jüngst 3.500 Rückkehrer aus Libyen und anderen afrikanischen Staaten aufgenommen und schafft es nicht, allen diesen Menschen eine Arbeit und eine Perspektive zu bieten. Weitere hohe Rückkehrerzahlen würden die sozialen Probleme verschärfen. Die ohnehin fragile junge Demokratie, die noch einige Jahre durch die ECOWAS-Truppen geschützt werden muss, wäre in Gefahr. Ernst zu nehmende Stimmen befürchten, dass bei hohen Zahlen frustrierter und entwurzelter Rückkehrer bürgerkriegsähnliche Zustände entstehen könnten.

Wissen Herr Strobl und Herr Seehofer um diese Verhältnisse in Gambia? Haben sie sich schon jemals mit der Bekämpfung der Fluchtursachen beschäftigt?

Ihr Agieren lässt eher darauf schließen, dass sie sich damit noch niemals befasst haben. Oder dieser Aspekt wird in ihrem Denken bewusst ausgeblendet. Es ist zu vermuten, dass es ihnen wichtiger ist, eine bestimmte politische Klientel inklusive der verkappten und offenen Rassisten zu bedienen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, sich eine Meinung zu bilden und sich dafür einzusetzen, dass Wege gefunden werden, die die Menschen nicht in Verzweiflung und Ausweglosigkeit führen. Menschen, die vielfach mit hoher Motivation bereits in deutschen Betrieben arbeiten und sich integriert haben und keine Last, sondern eine Bereicherung für unser Land darstellen.

Wir, die Unterzeichnenden, übernehmen die Inhalte und Fragen des Offenen Briefes des Gambia-Helfernetzes zum Thema Abschiebungen nach Gambia.

Absender und/oder Unterschrift

.....
.....

Das Gambia-Helfernetz ist Email-Netzwerk, in dem sich über 450 Menschen vor allem aus Baden-Württemberg explizit angemeldet haben. Es sind haupt- und ehrenamtliche Unterstützer von Flüchtlingen, die insbesondere die Situation gambischer Geflüchteter beobachten, aber auch die Situation von Rückkehrern in Gambia und die politische Situation in dem westafrikanischen Land. Koordiniert wird das Gambia-Helfernetz von ehrenamtlichen Mitgliedern des Helferkreises Breisach.





Offener Brief, Dezember 2018

Die Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Flüchtlinge

Sehr geehrte Damen und Herren in Politik und Behörden, in der Öffentlichkeit und der Wirtschaft,

wie es den Medien zu entnehmen war, will der Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Strobl, die Schlagzahl bei der Abschiebung von gambischen Geflüchteten deutlich erhöhen. Dazu sollen Airlines angeheuert werden, die eine private Security mitliefern. Bundesinnenminister Horst Seehofer hat ihm bereits Unterstützung zugesagt.

Was die beiden Politiker nur nebenbei erwähnen ist, dass „The Republic of The Gambia“ mitentscheidet. Jedes Flugzeug braucht eine Landegenehmigung, auch auf dem Flughafen Yundum, Gambia. „The Republic of The Gambia“ hat die Rücknahme von verurteilten Straftätern zugesagt. Bei allen anderen entscheidet das Land im Einzelfall, ob es den Betroffenen aufnimmt.

Herr Strobl scheint ein besonderes Verhältnis zu Gambiern zu haben. Wir erinnern: Der CDU-Politiker hat bereits gefordert, Gambia zum sicheren Herkunftsland zu erklären, als dort noch gefoltert und gemordet wurde und der bizarre Diktator Yahya Jammeh die ganze Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzte. Die hohe Rate an Drogenkriminellen aus diesem Herkunftsland musste schon damals für die Argumentation herhalten. Die große Zahl an hochmotivierten, fleißigen und ehrlichen Menschen aus diesem Land wird komplett ausgeblendet. **Um sie geht es uns!**

Vor allem sie sind es, die momentan in Panik versetzt und in eine ausweglose Situation getrieben werden. Denn abgeschoben werden jetzt schon Gambier, die voll integriert sind, eine feste Anstellung haben und der Mitwirkungspflicht bei der Identitätsfeststellung voll umfänglich nachgekommen sind. Aus dieser Erfahrung heraus versuchen Flüchtlinge dann ihre Abschiebung zu erschweren, indem sie bei der Identitätsfeststellung nicht kooperieren. Der Behörden reagieren umgehend mit Sanktionen, vor allem mit Arbeitsverboten, sowie mit der Kürzung der Sozialleistungen auf bis zu 151 Euro im Monat. Für die Unternehmen ist der Effekt immer derselbe: **Sie verlieren von heute auf morgen Mitarbeiter, die sie bräuchten.**

Es scheint Strategie und Kalkül des Innenministers von Baden-Württemberg zu sein, gerade jetzt die Menschen aus Gambia in eine ausweglose Situation und in die Verzweiflung zu treiben.

Denn dass dies geschieht ist keine Frage: Steigt die Gefahr der Abschiebung werden die Bedrohten vermehrt die Mitarbeit bei der Identitätsfeststellung verweigern. Wer eine Bleibeperspektive hat, wird auch bei der Feststellung seiner Identität kooperieren.

Es scheint Strategie und Kalkül des Innenministers zu sein, möglichst viele Gambier mit Arbeitsverboten zu belegen und sie damit ihre festen Stellen verlieren zu lassen, um so zu verhindern, dass die neuen Regelungen für eine Beschäftigungsduldung nicht mehr greifen.

Denn würde man diese Neuregelungen abwarten, wäre in sehr vielen Fällen das Problem der Identitätsfeststellung vom Tisch, weil die arbeitenden Flüchtlinge motiviert wären, entsprechende Papiere zu beschaffen. Viel Geld und viel Arbeit würde den deutschen Behörden erspart bleiben.

Es fragt sich, ob diese Strategie mitgetragen wird von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, von den anderen Ministern, insbesondere vom baden-württembergischen Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha, von der Landtagsfraktion und den Abgeordneten der Grünen sowie die Bundestagsabgeordneten der Grünen.

Wie bewerten die Landtags- und Bundestagsabgeordneten der anderen Parteien das Vorgehen des Baden-Württembergischen Innenministeriums und des Bundesinnenministers?

Ist das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland bereit, diese Strategie mitzutragen? Ist der Außenminister Heiko Maas und seine Partei, die SPD, bereit, Druck auf Gambia auszuüben?

Denn ohne die Zustimmung der Regierung und der Behörden der „Republic of The Gambia“ kann kein Gambier und keine Gambierin dorthin zurückverbracht werden, der oder die sich nichts zuschulden hat kommen lassen. Gambia hat sich bereit erklärt, verurteilte Straftäter zurückzunehmen. Bei jedem anderen Staatsbürger muss im Einzelfall von den gambischen Behörden entschieden und die Rückführung ggf. durch die Ausstellung eines Emergency Passes ermöglicht werden.

Mit welchen Mitteln und Methoden wollen Herr Strobl und Herr Seehofer Gambia zur Rücknahme der Abgeschobenen bewegen?

Denn es ist auch klar: Das kleine und arme Gambia hat kein objektives Interesse an einer hohen Zahl von Rückkehrern. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt etwa 40 Prozent. Das Land hat jüngst 3.500 Rückkehrer aus Libyen und anderen afrikanischen Staaten aufgenommen und schafft es nicht, allen diesen Menschen eine Arbeit und eine Perspektive zu bieten. Weitere hohe Rückkehrerzahlen würden die sozialen Probleme verschärfen. Die ohnehin fragile junge Demokratie, die noch einige Jahre durch die ECOWAS-Truppen geschützt werden muss, wäre in Gefahr. Ernst zu nehmende Stimmen befürchten, dass bei hohen Zahlen frustrierter und entwurzelter Rückkehrer bürgerkriegsähnliche Zustände entstehen könnten.

Wissen Herr Strobl und Herr Seehofer um diese Verhältnisse in Gambia? Haben sie sich schon jemals mit der Bekämpfung der Fluchtursachen beschäftigt?

Ihr Agieren lässt eher darauf schließen, dass sie sich damit noch niemals befasst haben. Oder dieser Aspekt wird in ihrem Denken bewusst ausgeblendet. Es ist zu vermuten, dass es ihnen wichtiger ist, eine bestimmte politische Klientel inklusive der verkappten und offenen Rassisten zu bedienen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, sich eine Meinung zu bilden und sich dafür einzusetzen, dass Wege gefunden werden, die die Menschen nicht in Verzweiflung und Ausweglosigkeit führen. Menschen, die vielfach mit hoher Motivation bereits in deutschen Betrieben arbeiten und sich integriert haben und keine Last, sondern eine Bereicherung für unser Land darstellen.

Wir, die Unterzeichnenden, übernehmen die Inhalte und Fragen des Offenen Briefes des Gambia-Helfernetzes zum Thema Abschiebungen nach Gambia.

Absender und/oder Unterschrift

.....
.....

Das Gambia-Helfernetz ist Email-Netzwerk, in dem sich über 450 Menschen vor allem aus Baden-Württemberg explizit angemeldet haben. Es sind haupt- und ehrenamtliche Unterstützer von Flüchtlingen, die insbesondere die Situation gambischer Geflüchteter beobachten, aber auch die Situation von Rückkehrern in Gambia und die politische Situation in dem westafrikanischen Land. Koordiniert wird das Gambia-Helfernetz von ehrenamtlichen Mitgliedern des Helferkreises Breisach.





Offener Brief, Dezember 2018

Die Fluchtursachen bekämpfen – nicht die Flüchtlinge

Sehr geehrte Damen und Herren in Politik und Behörden, in der Öffentlichkeit und der Wirtschaft,

wie es den Medien zu entnehmen war, will der Innenminister von Baden-Württemberg, Thomas Strobl, die Schlagzahl bei der Abschiebung von gambischen Geflüchteten deutlich erhöhen. Dazu sollen Airlines angeheuert werden, die eine private Security mitliefern. Bundesinnenminister Horst Seehofer hat ihm bereits Unterstützung zugesagt.

Was die beiden Politiker nur nebenbei erwähnen ist, dass „The Republic of The Gambia“ mitentscheidet. Jedes Flugzeug braucht eine Landegenehmigung, auch auf dem Flughafen Yundum, Gambia. „The Republic of The Gambia“ hat die Rücknahme von verurteilten Straftätern zugesagt. Bei allen anderen entscheidet das Land im Einzelfall, ob es den Betreffenden aufnimmt.

Herr Strobl scheint ein besonderes Verhältnis zu Gambiern zu haben. Wir erinnern: Der CDU-Politiker hat bereits gefordert, Gambia zum sicheren Herkunftsland zu erklären, als dort noch gefoltert und gemordet wurde und der bizarre Diktator Yahya Jammeh die ganze Bevölkerung in Angst und Schrecken versetzte. Die hohe Rate an Drogenkriminellen aus diesem Herkunftsland musste schon damals für die Argumentation herhalten. Die große Zahl an hochmotivierten, fleißigen und ehrlichen Menschen aus diesem Land wird komplett ausgeblendet. **Um sie geht es uns!**

Vor allem sie sind es, die momentan in Panik versetzt und in eine ausweglose Situation getrieben werden. Denn abgeschoben werden jetzt schon Gambier, die voll integriert sind, eine feste Anstellung haben und der Mitwirkungspflicht bei der Identitätsfeststellung voll umfänglich nachgekommen sind. Aus dieser Erfahrung heraus versuchen Flüchtlinge dann ihre Abschiebung zu erschweren, indem sie bei der Identitätsfeststellung nicht kooperieren. Der Behörden reagieren umgehend mit Sanktionen, vor allem mit Arbeitsverboten, sowie mit der Kürzung der Sozialleistungen auf bis zu 151 Euro im Monat. Für die Unternehmen ist der Effekt immer derselbe: **Sie verlieren von heute auf morgen Mitarbeiter, die sie bräuchten.**

Es scheint Strategie und Kalkül des Innenministers von Baden-Württemberg zu sein, gerade jetzt die Menschen aus Gambia in eine ausweglose Situation und in die Verzweiflung zu treiben.

Denn dass dies geschieht ist keine Frage: Steigt die Gefahr der Abschiebung werden die Bedrohten vermehrt die Mitarbeit bei der Identitätsfeststellung verweigern. Wer eine Bleibeperspektive hat, wird auch bei der Feststellung seiner Identität kooperieren.

Es scheint Strategie und Kalkül des Innenministers zu sein, möglichst viele Gambier mit Arbeitsverboten zu belegen und sie damit ihre festen Stellen verlieren zu lassen, um so zu verhindern, dass die neuen Regelungen für eine Beschäftigungsduldung nicht mehr greifen.

Denn würde man diese Neuregelungen abwarten, wäre in sehr vielen Fällen das Problem der Identitätsfeststellung vom Tisch, weil die arbeitenden Flüchtlinge motiviert wären, entsprechende Papiere zu beschaffen. Viel Geld und viel Arbeit würde den deutschen Behörden erspart bleiben.

Es fragt sich, ob diese Strategie mitgetragen wird von Ministerpräsident Winfried Kretschmann, von den anderen Ministern, insbesondere vom baden-württembergischen Minister für Soziales und Integration Manfred Lucha, von der Landtagsfraktion und den Abgeordneten der Grünen sowie die Bundestagsabgeordneten der Grünen.

Wie bewerten die Landtags- und Bundestagsabgeordneten der anderen Parteien das Vorgehen des Baden-Württembergischen Innenministeriums und des Bundesinnenministers?

Ist das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland bereit, diese Strategie mitzutragen? Ist der Außenminister Heiko Maas und seine Partei, die SPD, bereit, Druck auf Gambia auszuüben?

Denn ohne die Zustimmung der Regierung und der Behörden der „Republic of The Gambia“ kann kein Gambier und keine Gambierin dorthin zurückverbracht werden, der oder die sich nichts zuschulden hat kommen lassen. Gambia hat sich bereit erklärt, verurteilte Straftäter zurückzunehmen. Bei jedem anderen Staatsbürger muss im Einzelfall von den gambischen Behörden entschieden und die Rückführung ggf. durch die Ausstellung eines Emergency Passes ermöglicht werden.

Mit welchen Mitteln und Methoden wollen Herr Strobl und Herr Seehofer Gambia zur Rücknahme der Abgeschobenen bewegen?

Denn es ist auch klar: Das kleine und arme Gambia hat kein objektives Interesse an einer hohen Zahl von Rückkehrern. Die Jugendarbeitslosigkeit beträgt etwa 40 Prozent. Das Land hat jüngst 3.500 Rückkehrer aus Libyen und anderen afrikanischen Staaten aufgenommen und schafft es nicht, allen diesen Menschen eine Arbeit und eine Perspektive zu bieten. Weitere hohe Rückkehrerzahlen würden die sozialen Probleme verschärfen. Die ohnehin fragile junge Demokratie, die noch einige Jahre durch die ECOWAS-Truppen geschützt werden muss, wäre in Gefahr. Ernst zu nehmende Stimmen befürchten, dass bei hohen Zahlen frustrierter und entwurzelter Rückkehrer bürgerkriegsähnliche Zustände entstehen könnten.

Wissen Herr Strobl und Herr Seehofer um diese Verhältnisse in Gambia? Haben sie sich schon jemals mit der Bekämpfung der Fluchtursachen beschäftigt?

Ihr Agieren lässt eher darauf schließen, dass sie sich damit noch niemals befasst haben. Oder dieser Aspekt wird in ihrem Denken bewusst ausgeblendet. Es ist zu vermuten, dass es ihnen wichtiger ist, eine bestimmte politische Klientel inklusive der verkappten und offenen Rassisten zu bedienen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten Sie, sich mit diesen Fragen auseinanderzusetzen, sich eine Meinung zu bilden und sich dafür einzusetzen, dass Wege gefunden werden, die die Menschen nicht in Verzweiflung und Ausweglosigkeit führen. Menschen, die vielfach mit hoher Motivation bereits in deutschen Betrieben arbeiten und sich integriert haben und keine Last, sondern eine Bereicherung für unser Land darstellen.

Wir, die Unterzeichnenden, übernehmen die Inhalte und Fragen des Offenen Briefes des Gambia-Helfernetzes zum Thema Abschiebungen nach Gambia.

Absender und/oder Unterschrift

.....
.....

Das Gambia-Helfernetz ist Email-Netzwerk, in dem sich über 450 Menschen vor allem aus Baden-Württemberg explizit angemeldet haben. Es sind haupt- und ehrenamtliche Unterstützer von Flüchtlingen, die insbesondere die Situation gambischer Geflüchteter beobachten, aber auch die Situation von Rückkehrern in Gambia und die politische Situation in dem westafrikanischen Land. Koordiniert wird das Gambia-Helfernetz von ehrenamtlichen Mitgliedern des Helferkreises Breisach.

